

Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis: Mks 60 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1939

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechspaltige Kleinzeile 30 Pfg.; Reklame kostet die dreispaltige Kleinzeile 90 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung

Nr. 177.

Freitag, den 1. August 1919.

17. Jahrgang.

Die ungeheuren Pflichtlieferungen Deutschlands.

Deutsche Nationalversammlung zu Weimar.

Weimar, 30. Juli.

Die dritte Lesung der Verfassungsvorlage wurde heute in der Nationalversammlung um ein großes Stück gefördert. In den gefrigen Abendstunden ist ein neues Schulkompromiß zwischen Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum zustande gekommen und auch über den strittigen Artikel 18, der die Aenderung des Gebietes von Ländern usw. festlegt, ist es zu einer Einigung unter den Parteien gekommen. In der Generaldebatte legten noch die Abgeordneten Dr. Düringer von der deutschnationalen Volkspartei, Dr. Heinze von der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen Dr. Cohn ihren ablehnenden Standpunkt dar, und so konnte nach einem Schlusswort des Reichskommissars Dr. Preuß in die Spezialdebatte eingetreten werden.

Die Mahnung des Präsidenten, sich möglichster Kürze zu befleißigen, fiel, wenigstens für heute, auf einen fruchtbaren Boden, und das Haus erledigte in rascher Folge eine große Reihe von Artikeln, im allgemeinen in der Fassung zweiter Lesung. Hervorzuheben ist, daß beim Artikel 3 ein Antrag Kaufmann mit großer Mehrheit angenommen wurde, wonach die Reichsfarben schwarz-rot-gold sind. Desgleichen wurde beim Artikel 22 ein demokratischer Antrag angenommen, der die Wahlperiode des Reichstages auf vier Jahre festsetzt.

Erzberger bleibt auf seinem Posten.

Von parlamentarischer Seite erfährt unser Mitarbeiter in Weimar:

Von verschiedenen Zentrumsabgeordneten ist dem Minister Erzberger nahe gelegt worden, sein Ministeramt nieder zu legen. Erzberger hat jedoch erklärt, daß er keine Gründe sehe, dieser Aufforderung nachzukommen, er würde nur dann auf sein Amt verzichten, wenn die Zentrumsfraktion ihm ihr Vertrauen entziehen würde. Das sei nicht geschehen, vielmehr habe die Fraktion ihm ja erst vor wenigen Tagen ihr Vertrauen ausgesprochen. Erzberger soll durch seine Ministerkollegen stark in der Auffassung bestärkt werden, sein Amt zu behalten; denn man müßte anderenfalls mit einem Rücktritt des gesamten Kabinetts rechnen.

Bedenkliche Bestimmungen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt u. a.: In Thorn haben in den letzten Tagen Besprechungen wegen der Uebergabe der zu Polen kommenden preussischen Provinzen stattgefunden. Dabei wurde u. a. folgende Bestimmung getroffen: Die Militärpflicht wird in den neuen Provinzen sofort eingeführt werden, und zwar werden wahrscheinlich 6 Jahrgänge eingezogen werden. Die Frage, ob diejenigen, die noch zwei Jahre lang das Recht haben, für Deutschland zu optieren, eingezogen werden, steht noch offen. Deutsche militärische Dienstgrade und Dienstzeit werden anerkannt. In der benachbarten tschecho-slowakischen Republik ist für Böhmen und Mähren die Aushebung von fünf Jahrgängen befohlen worden. Sie wird mit der größten Strenge durchgeführt trotz des offenen Widerstandes, der vielfach geleistet wird.

Es ist bedenklich, daß die Völker der slavischen Rasse schon bei der Geburt ihrer staatlichen Selbständigkeit von Krieg und Kämpfwillen befeuert sind. Die Welkenleber von Paris werden über die Unhaltbarkeit und Unsinnigkeit ihrer Schöpfung noch herbe Lehren empfangen. Der Friede wird nichts anderes sein, als eine Neuaufgabe des Völkerrückmarsches. Mit neuem, unsagbarem Leid wird Europa bezahlet müssen, was Haß und politischer und kapitalistischer Egoismus in Versailles unter der Regide Wilsons, Lloyd Georges und Clemenceaus geschaffen haben.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Von gutunterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Noch ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, wann in Oberschlesien die Volksabstimmung erfolgen wird. In maßgebenden Kreisen rechnet man mit einer Verschiebung der Abstimmung bis zum März nächsten Jahres, in polnischen Kreisen will man wissen, daß die Abstimmung schon anfangs nächsten Jahres erfolgen soll. Beobachtungen, die in diesen in Oberschlesien gemacht werden, zeugen davon, daß die Amerikaner mit Absicht die Abstimmung möglichst weit hinausschieben wollen und vielleicht ganz zu verwässern suchen. Die Polen treiben heute schon eine rege Propaganda. In deutschen Kreisen aber ist man hoffnungsvoll und davon überzeugt, daß Oberschlesien deutsch bleibt und dem Reiche die wertvollen Kohlengruben erhalten bleiben. Zu welchem Mittel die Polen greifen, um selbst bei einem Mißerfolg doch noch einen Gewinn buchen zu können, ersieht man aus dem vom polnischen Presse-Bureau in Warschau verbreiteten Meldung, daß diejenigen Kreise in Oberschlesien, die unter der früheren Regierung durch polnische Abgeordnete vertreten waren, von einer Volksabstimmung ausgeschlossen werden sollen. Sie sollen ohne jede Abstimmung an Polen fallen. Es liegen auch Nachrichten vor, daß die Polen bei den Alliierten eine Zustimmung zu dieser Absicht erwirken wollen. Wahrscheinlich würden die Engländer und Franzosen diesen Wünschen entgegenkommen, die Amerikaner aber bleiben bei der einmal gefassten Bestimmung und erschweren damit den Polen den mühseligen Landraub. Erklärlich ist daher auch, daß die Stimmung zwischen Polen und Amerikanern nicht die beste ist und bereits mehrere Auseinandersetzungen nötig waren, die den Polen Dämpfer aufsetzen mußten.

Vom Schmachfrieden.

Artikel 352.

Falls die Gesamtheit der in der Zentral-Rheinkommission oder der für die Verwaltung der oberen Donau zuständigen Kommission der alliierten und assoziierten Mächte innerhalb von 25 Jahren vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrags ab die Schaffung eines Großschiffahrtswegs Rhein-Donau beschließt, ist Deutschland verpflichtet, diesen Weg nach den Plänen zu bauen, welche ihm die genannten Mächte mitteilen werden.

Im Falle der Nichtausführung der Arbeiten durch Deutschland ist die Zentral-Rheinkommission befugt, sie an seiner Stelle ausführen zu lassen.

Deutschland hat also diesen Kanal im Fronsienst der Feinde auszuführen, ohne auf seine Durchführung irgendeinen Einfluß zu haben, und ist der Großschiffahrtsweg fertig, so „wird er derselben Verwaltungsform unterstellt, wie der Rhein selbst“, einer internationalen Kommission, in der auch Deutschland eine bescheidene Vertretung hat.

Die Lieferungspflichten Deutschlands.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Die wirtschaftliche Kommission für die Ausführung der Friedensbedingungen, die zurzeit in Versailles über die Lieferung von Kohlen, Chemikalien, über den Wiederaufbau und anderes mehr mit den alliierten und assoziierten Regierungen unterhandelt, hat in Weimar der Reichsregierung Bericht erstattet. Es besteht bei allen beteiligten Stellen volle Klarheit darüber, daß die Ausführung des Friedensvertrages, insbesondere die Lieferung von Kohlen, Deutschland im nächsten Winter die schwersten Opfer wirtschaftlicher Art auferlegen wird, daß jedoch gleichwohl seitens der deutschen Seite energisch durchgegriffen werden muß, um die in den Friedensbedingungen uns aufgezogenen Lieferungen, soweit als sie objektiv irgend möglich sind, zu erfüllen. Die Kommission ist am 28. dieses Monats nach Versailles zurückgereist, um die Verhandlungen mit den alliierten und assoziierten Regierungen wieder fortzusetzen.

Von besonderer Seite wird unserem Berliner Vertreter dazu mitgeteilt:

Die Verhandlungen in Weimar über die französische Kohlenforderung haben ergeben, daß wir nicht in der Lage sind, die ganze Forderung sofort zu erfüllen. Aber die Regierung hat die feste Absicht bekundet, alles daran zu setzen, um die Forderung Frankreichs zu erfüllen, damit der Friedensvertrag eingehalten wird. Sie hat einen Bevollmächtigten beauftragt, mit der französischen Regierung dahin zu verhandeln, daß diese sich mit Teillieferungen einverstanden erklärt, die wöchentlich geleistet werden sollen. Wie festgelegt ist, liegen an den westfälischen Gruben große Vorräte an Kohlen, die für die deutsche Industrie und den Hausbrand bestimmt waren, aber nicht abgefahren werden konnten, da es an Wagen fehlte. Von diesen Kohlen sollen jetzt erst die Eisenbahnen versorgt werden, während der Rest an Frankreich geliefert werden soll. Dem deutschen Hausbrand und der Industrie werden die fälligen Kohlenlieferungen demnach noch auf einige Zeit vorenthalten. Es soll jedoch die Hoffnung bestehen, daß es bald möglich sein wird, die Industrie noch so rechtzeitig zu beliefern, daß sie nicht Gefahr läuft, in Not zu geraten, während nicht anzunehmen ist, daß für den Hausbrand noch vor dem Herbst Kohlen zur Verfügung stehen.

Der Staatsgerichtshof.

Von einem Mitarbeiter aus Weimar wird uns zuverlässig mitgeteilt:

Die Vorarbeiten für den Staatsgerichtshof werden sofort nach der Annahme der Vorlage eingeleitet werden. Den Parteien soll sofort nahe gelegt werden, ihre Vertreter für den aus 15 Mitgliedern zusammengesetzten Ausschuss zu entsenden. Nach der erst an Tagung dieses Ausschusses soll dann schleunigst die zweite Instanz des Staatsgerichtshofes gebildet werden, der 5 Berufsrichter und zehn weitere Mitglieder angehören sollen. Ihre Wahl wird teilweise vom Staatenanuschuss, anderenteils von der Nationalversammlung erfolgen. In den Parteien der Linken will man bei dieser Wahl nicht einseitig sein, sondern jeder Partei einen Vertreter belassen. Es wird angenommen, daß der Staatsgerichtshof seine Aufgabe bereits im September aufnehmen kann.

Zugeständnisse an Oesterreich.

Basel, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Pariser Vertreter der „Baseler Nachrichten“ meldet aus guter Quelle, daß Oesterreich beträchtliche Zugeständnisse im Friedensvertrag erhalten wird.

Streikbewegung in Italien.

Mailand, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Mailand wird gemeldet: Die Streikbewegung in Italien flackert wieder neu auf. Der Mailänder Metallarbeiterstreik ist soeben zu einem Generalstreik erklärt und greift auf das übrige Oberitalien über. In Bergamo sind 50 000 Textilarbeiter unter Führung des katholischen Syndikats in den Ausstand getreten und fordern 40 Prozent Lohnerhöhung.

Unsere deutschen Brüder in der Ostmark.

Von Prof. Dr. Otto Hoepfich.

Mitglied der Preussischen Landesversammlung.
Der Friedensschluß reißt Millionen deutscher Volksgenossen in unserem Osten von uns los. Wir trennen uns innerlich nicht und niemals von ihnen. Sie bleiben unsere Brüder und wir bleiben mit ihnen aufs innigste verbunden bis zur Stunde der Wiedervereinigung, an die wir und sie fest glauben. Im Augenblick, da die deutsche Regierung und ihre Mehrheit die Ostmark verraten hat, heißt es nun, auf die neuen Verhältnisse sich einstellen. Mit Nachdruck sei darauf hingewiesen, daß überstürzte Entschlüsse nicht von Nöten sind. An der Lage in unserem Osten — das muß immer wieder betont werden — ändert sich zunächst nichts. Keine Klüftung durch Militär oder Verwaltung erfolgt, bevor der Friedensvertrag in Kraft getreten ist. Wie bekannt, soll das der Fall sein, wenn drei Mächte auf der anderen Seite ihn ratifiziert haben. In England ist das geschehen, in Amerika rechnet man nicht vor Ende August, in Frankreich Mitte September, so daß, soweit überhaupt eine Berechnung heute möglich ist, wir uns darauf einrichten könnten, daß der Friedensvertrag vor Mitte Oktober nicht in Kraft tritt. Erst danach tritt die Kommission zur Regelung der Grenzen zusammen und findet die Uebergabe der Verwaltung usw. statt. Das gleiche gilt für die Gebiete, in denen über die Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland abgestimmt werden soll.

Eine begreifliche Unruhe hat sich nun heute der Ostmarkendeutschen bemächtigt und die Abwanderung scheint in vielen Fällen schon im Gang zu sein. Ganz allgemein ist darauf zu sagen, daß die Deutschen in den Gebieten, die uns verloren gehen, die Pflicht haben, auszuhalten, so lange es irgend geht. Wenn das Deutschtum dort nicht verloren gehen soll, müssen die, die es dort tragen, an Ort und Stelle bleiben und unter Benützung der Grundlage, die die Bestimmungen über die nationalen Minderheiten schaffen, sich zu festen Verbänden zusammenschließen. Vor Panik und Flucht muß nachdrücklich gewarnt werden, ebenso wie vor überstürztem Landverkauf. Es mache sich doch auch jeder Besitzer und Gewerbetreibender in den Ostmarken klar, daß heute die Lebensmöglichkeiten im deutschen Vaterlande sehr bedrängt sind! Je mehr Deutsche in Polen bleiben, desto besser ist es für den einzelnen, drüben wie bei uns!

Wir im Reich aber können diese Forderung an unsere Brüder im Osten, die uns verloren gehen, nur im Ernst richten, wenn wir selbst und wenn die Regierung alles tut, was wir ihnen schuldig sind. Die erste Pflicht ist die Sorge für diejenigen, die in den abzutretenden Teilen nicht bleiben können, also vor allem die Beamten, die der polnische Staat nicht übernimmt, und die nicht in seinen Dienst treten. Hilfe für sie ist von der Regierung zugeagt, aber das ist nicht genug. Der Staat muß einen Rechtsanspruch auf Unterbringung und Hilfe gewähren; eine solche Vorlage ist in der Preussischen Landesversammlung von allen Parteien schnellstens gefordert worden.

Das zweite betrifft die Sorge vor der Liquidation des deutschen Besitzes in den Gebieten, die von Preußen losgerissen werden. Die Rechtslage ist heute die folgende: Wer in diesen Gebieten wohnt und wohnen bleibt, erhält die polnische Untertanenschaft und bleibt im Besitz seines Eigentums, eine Liquidation hat er nicht zu befürchten. Wer außerhalb Polens wohnt und Reichsdeutscher bleibt, fällt unter die Bestimmungen über die Liquidation. Der Erlös der Liquidation wird an ihn entrichtet, ein Schiedsgericht ist in den letzten Neuierungen der Entente dazu in Aussicht genommen. Aber eine große und berechtigte Sorge, die das Deutschtum in der Ostmark bewegt, in Sonderheit die Ansiedler, bleibt: die nach dem 1. Januar 1908 in diese Gebiete gekommenen Deutschen erwerben nach dem Friedensvertrag nicht ohne weiteres die polnische Staatsangehörigkeit. Hier ist der Willkür Tor und Tür geöffnet. Der polnische Staat kann diese deutschen Bewohner mit kurzer Frist ausweisen, und sie würden zu überstürztem Verkauf ihre Habe und das Vermögen gezwungen sein. Diese Frage muß unbedingt in kurzem und völlig geklärt werden, was in den eingeleiteten deutsch-polnischen Verhandlungen zu geschehen hat. Die deutsche Regierung hat als erste Aufgabe des Minderheitsschutzes, den sie nun für die Deutschen im Auslande wahrzunehmen hat, diese Aufgabe, die nach dem 1. Januar 1908 an das neue Polen gekommenen vor solcher Willkür und vor solchem Verlust zu bewahren. Geht dies nicht, so ist nicht zu verwundern, wenn das Deutschtum der Ostmarken von stärkster Unruhe ergriffen wird.

Schon das zeigt, wie die deutsche Regierung nur den Schutz der Auslandsdeutschen, zu denen jetzt auch diese unsere deutschen Brüder in Polen gehören, ganz anders und viel umfassender als bisher in die Hand nehmen muß. Dazu fehlt es noch an den geeigneten Amtsstellen, und mit Nachdruck ist zu fordern, daß diese möglichst rasch in einer Hand und an einer Behörde vereinheitlicht werden. Dort müssen die Wünsche und Beschwerden zusammenfließen und ihre Vertretung und Erledigung finden, aber anders als wir es leider im Frieden bei Klagen und Wünschen unserer Auslandsdeutschen vor den deutschen Vertretungen im Auslande oder vor dem Auswärtigen Amt gewohnt waren! Auf dieses Gebiet hat sich nun auch die Aufmerksamkeit der politischen Parteien zu richten. Auch zu diesem Zwecke ist, wie der Vorsitzende auf dem Parteitage mitteilte, von der deutschnationalen Volkspartei die besondere Zentralstelle bei der Partei in Berlin gegründet worden, an die sich unsere deutschen Brüder in der Ostmark wenden möchten.

Was aber heute von der Ostmark bei Preußen bleibt, darf nicht einfach den Nachbarprovinzen angegliedert werden. Das ist zwar das einfachste, aber es entspricht nicht den Notwendigkeiten des Tages. Vielmehr fordern nationale und ge-

Mit Paragraphen gegen Monarchen.

Der Umsturz in Deutschland war seit Jahrzehnten vorbereitet, als er aber erfolgte, waren die Reichsvererber le-

Am liebsten verkrüchten sie sich daher hinter Mauern und Panzergewölbe. Das können sie nicht und so richteten sie wenigstens einen Papierwall auf; in dem Verfassungsentwurf bestimmt der Paragraph 164, daß kein Fürst, der 1918 in Deutschland regiert hat, innerhalb der nächsten 15 Jahre zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt werden darf.

Begreiflich wird er nur aus der sinnlosen Furcht und dem bösen Gewissen der Sozialdemokraten, denn er kann ihnen sowieso nichts nützen, selbst wenn er angenommen wird. Sobald eine Mehrheit im deutschen Volke, die schon heute die Monarchie wieder herstell en will, wird sie sich wenig darum kümmern, daß am 22. Juli 1919 auf Wunsch des Herrn Cohn ein Verfassungsparagraph bestimmt hat, daß alle Angehörigen unserer Herrscherhäuser „in perpetuum abdimittieren“ seien.

Die Erbauer des Paragraphen 164 wissen aus der Geschichte, daß nichts ewig ist; und sie fürchten eine Entwicklung wie in Frankreich, wo die zweite Republik einen Louis Bonaparte zum Präsidenten machte und später zum Kaiser wurde.

Ausland.

Deutschlands Auebelung. Die Friedenskommmission der französischen Kammer horte Clemenceau und Lardieu über die Frage des linken Rheinufers, Clemenceau erklärte, daß die Bedingungen des Friedensvertrages Frankreich eine Sicherheit verschaffen, die einer Besetzung der Brückenköpfe gleichkomme.

Staatsstreik in Polen.

Warschau, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das polnische Presse-Bureau meldet, daß ein Staatsstreik in Polen bereits im Gange ist. Zum Ministerpräsidenten sei Dmowski zum Generalissimus ist General Haller ernannt worden.

schichtliche Gründe, daß die Bestandteile von Westpreußen und Posen, die westlich der neuen deutsch-polnischen Grenze bei Preußen bleiben, zu einer eigenen politischen Einheit zusammengefaßt werden. Auch aus materiellen Gründen empfiehlt sich dies. Die Versorgung der rückströmenden Deutschen, die Verwundensandaueränderung usw. ist leichter, wenn eine solche eigene Einheit entsteht.

Deutsches Reich.

Das neue Schulkompromiß. In den letzten Tagen fanden Verhandlungen statt zwischen den beiden Parteien, die das bisherige Schulkompromiß trugen und den Demokraten, in der Absicht, die drei Parteien in der strittigen Schul- und Bildungsfrage zu einer Verständigung über den Absatz 2 des Artikels 143, der nach einem gemeinsamen Antrag der drei Parteien folgendermaßen lautet soll:

„Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb auch im Sinne des Absatzes 1 nicht beeinträchtigt wird.“

Der Reichsminister des Innern Dr. David erklärte dem Weimarer Vertreter des „F. Z.“, er halte den baldigen Wiedereintritt der Demokraten in das Reichskabinett für überaus wünschenswert. Um den Demokraten eine Mitarbeit an der Regelung der Schulfragen zu ermöglichen, seien die neuen inzwischen zum Abschluß gelangten Verhandlungen über eine Abänderung des Kompromißes eingeleitet worden.

Die Mehrheits-Sozialdemokratie hat ihren Antrag, daß der Reichspräsident vom Reichsrat und Reichstag gewählt werden soll, zurückgezogen. Die demokratische Fraktion beschloß mit 30 gegen 16 Stimmen für die vierjährige Legislatur-Periode einzutreten.

Die Beamten-Befoldungsreform. Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Die Reichsregierung hat am 29. Juli mit der preussischen Staatsregierung eingehend über die Frage der Teuerungszulagen an Beamte und über die Inangriffnahme einer Revision der Befoldungsordnung verhandelt.

Arbeiter für Frankreich. Bei Bestellung von freien Arbeitern für Nordfrankreich wird, wie wir erfahren, abgesehen von den notwendigen Bürgschaften für persönliche Sicherheit und angemessene Unterbringung und Verpflegung von deutscher Seite auch auf Festsetzung günstiger Arbeitsbedingungen gehalten werden und selbstverständlich auch darauf, daß die Ansprüche der Arbeiter aus der sozialen Gesetzgebung auch während ihrer Tätigkeit in Frankreich in vollem Umfange erhalten bleiben.

Grenzschutz. Wie die Berl. Abendblätter melden, ist keineswegs beabsichtigt, die Grenzschutztruppen aus ihren jetzigen Stellungen an der Demarkationslinie in den kreisförmigen Domst, Meiseritz und Birnbaum vor der endgültigen Grenzregulierung zurückzuziehen.

Die einzelstaatlichen Finanzminister setzten die Beratungen mit dem Reichsminister über die Reichseinkommensteuer und die Vereinfachung der Steuerverwaltung fort, ohne daß es zu einem Ergebnis kam.

Polizei-Verordnungen aus Jungmannschaften. Infolge der Heeresneuordnung kann die Polizei keine militärische Unterfertigung mehr gegen organisierte Verbrecherbanden und Unruhestifter erhalten. Daher wird in Berlin eine Polizeitruppe aus kasernierten Jungmannschaften geschaffen werden, welche den ganzen Sicherheitsdienst zum Schutze der Staatsordnung, des Lebens und Eigentums der Bürger durch Patrouillen, Posten und Vereinfachung geschlossener Verbände versteht.

Die Reichseinkommen-Steuer.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Erzbergers Steuerpläne werden noch schwere Kämpfe erleben, am meisten aber wohl keine Reichseinkommensteuer, die bekanntlich dem Reich das Vorrecht zu stehen soll, als alleiniger direkter Einkommensteuer-Erheber zu gelten. Die Bundesstaaten wehren sich, je länger sie über die Erzbergerschen Pläne sitzen, desto mehr mit allen Mitteln, vom Reich unabhängig zu werden. Aber auch die Kommunen werden sich ganz entschieden gegen die Ablösung der Kommunalzuschläge durch das Reich zur Wehr setzen.

Bildung eines Kalkkonzerns.

Strasburg, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie wir hören, beabsichtigt die französische Regierung die Bildung eines großen französischen Kalkkonzerns, in dem die Mehrzahl der elsässischen Kalkwerke aufgenommen werden soll. Es kommen in erster Linie die verschiedenen Unternehmen der deutschen Kalkwerke in Betracht.

Die Teuerung in Elsaß-Lothringen.

Strasburg, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vertreter des Gewerkschaftsverbandes forderten bei dem Generalkommisnar entschiedene Maßnahmen gegen die gegenwärtige Teuerung. Millerand gab zu, daß an dieser Sachlage das Treiben gewissenloser Spekulanten schuld sei. Er verfügte die Beschlagnahme aller nicht angemeldeten Läger und aller angemeldet bis zu 50 Prozent ihres Bestandes.

Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Drtmann.

(Nachdruck verboten.)

„Es ist keine Untersuchung gegen Sie eingeleitet worden?“

„Man hat mich natürlich sofort vernommen. Aber ich habe ja beweisen können, daß nicht einmal von einer Uebertretung der Notwehr die Rede sein könne — nicht einmal von Notwehr. Ich habe nichts weiter getan, als daß ich den Töblichen festgehalten habe — den Revolver, dessen Kugel ihm den Tod brachte, hielt er selbst in der Hand, und durch einen unglücklichen Zufall hat sich die Waffe entladen. Der Schuß hätte ebensogut auch mich treffen können — für den er ja eigentlich bestimmt war.“

Prellin holte tief Atem. Von dem, was er da hatte hören müssen, hatte sich's möglich wie ein beklemmender Druck auf seine Brust gelegt. Und er hatte ein Gefühl, als müsse er die Fenster weit öffnen, um reinere Luft zu atmen.

„Ich darf wohl annehmen, Herr Lehmar, daß Sie von dem allen bisher zu niemandem gesprochen haben?“

„Ich konnte es überhaupt nur Ihnen anvertrauen, Herr von Prellin. Daß ich kein Verlangen danach trage, es irgend jemandem sonst mitzuteilen — das werden Sie doch wohl verstehen. Wenn ich nicht gezwungen werde, darüber zu sprechen, so werde ich ganz gewiß den Mund halten. Ein Schwäger bin ich überdies mein Lebtage nicht gewesen. Und am wenigsten auf eigene Kosten.“

Da Prellin aufgestanden war, hatte auch er sich erhoben. Und der Gutsberr sagte nun: „Ich werde heute noch meinen Inspektor nach Grabow hinüberschicken. Sie haben wohl die Freundlichkeit, mit dem Mann das Notwendige abzumachen. Und im übrigen — für alle weiteren Verhandlungen — hinterlassen Sie wohl Ihre Adresse!“

Paul Lehmar verneigte sich zum Zeichen seines Einverständnisses.

„Und ich darf von Ihrer Güte erhoffen, daß Sie mir —“

„Auf große Summen dürfen Sie keinesfalls rechnen. Dazu bin ich nicht in der Lage. Sie selbst haben ja auch zu Ihrem Teil dazu beigetragen, mich in eine schwierige Situation zu bringen. Aber ich werde sehen, was ich tun kann.“

„Ich rechne auf Ihre Güte, Herr von Prellin. Es mag sein, daß Ihre Lage durch mein Verschulden augenblicklich etwas schwierig geworden ist. Aber wenn ich auch ein schlechter Landwirt bin — so viel verstehe ich nun nachgerade doch davon, um zu wissen, daß aus Hohen-Rauten etwas ganz anderes werden wird, sobald es erst einmal wieder mit Grabow vereint in Ihrer Hand ist.“

„Hoffen wir das Beste, Herr Lehmar!“ Eine Verbeugung hüben und drüben — und der letzte Besuch des Grabower Pächters in Hohen-Rauten war zu Ende.

31. Kapitel

Auf einem weiten Umwege, weil er es vermeiden wollte, einem Bekannten zu begegnen, hatte Helmut die Villa Rambaldi erreicht. Als er die Diele durchschritt, öffnete sich die in den Salen führende Tür, und zu seiner Ueberraschung trat Edith über die Schwelle.

„Du hier unten?“ fragte er, während sein Blick lieblosend über ihr bleiches Gesicht ging. „Wo ist Marianne?“

„Sie hat sich auf mein Bett niedergelegt und hat ein Schlafpulver genommen. — Ich habe hier auf dich gewartet, Helmut. Denn ich mußte dich etwas fragen. Etwas, was mir in all den Tagen auf dem Herzen gelegen hat.“

Während sie sprach, hatte sie ihm wie in seltsam langem Fortziehen in die Augen gesehen. Er wußte sich ihren Blick wie die Anruhe in ihrer Stimme nicht zu deuten; aber bereitwillig entgegnete er: „Wenn wir vielleicht in ein anderes Zimmer gehen wollen —“

„Es wird uns hier niemand stören. Und es ist ja auch nur eine kurze Anstunst, die ich von dir haben

möchte. — Was ist in den letzten Tagen — ich meine, ehe das — das Schreckliche geschah — zwischen dir und Hermann vorgegangen?“

Er war bestürzt, aber er wußte ihr sein Erschrecken zu verbergen.

„Nichts — nicht das Geringste! — Was sollte noch zwischen uns vorgegangen sein? — Wir haben uns nicht mehr gesehen und nicht mehr gesprochen.“

Wie in Unglauben schüttelte sie den Kopf.

„Es muß doch noch etwas geschehen sein,“ beharrte sie. „Ich habe eine Nachricht von ihm erhalten, die ich mir gar nicht anders erklären kann. Irgend etwas ist gewiß zwischen euch gewesen?“

Aber nein — ich versichere dir — nicht das geringste! Dein Bruder kann dir unmöglich etwas Derartiges geschrieben haben. Wir sind ja in keiner Weise mehr miteinander in Berührung gekommen.“

Jetzt war es wie der Ausdruck einer Enttäuschung in ihren Zügen. Und niedergeschlagen sagte sie: „Du scheinst mich mißzuverstehen. Die Nachricht, die ich erhalten habe — wenige Stunden, ehe das schreckliche Telegramm kam — war nicht in unfreundlichem Sinne, wie du zu glauben scheinst. Ich mußte danach ganz im Gegenteil annehmen — Aber wenn du sagst, daß nichts geschehen ist —“

Sie schloß es nun fast zu bereuen, daß sie sich mit ihrer Frage an ihn gewandt hatte. Er aber hatte aus ihren Worten eine beglückende Vermutung geschöpft, und lebhaft sagte er: „Willst du mir den Brief deines Bruders nicht zeigen, Liebste? — Dann werde ich dir doch besser antworten können, als so. Ganz gewiß werde ich dir dann antworten können.“

„Es ist kein Brief — es ist ein Telegramm. Aber wirklich — ich möchte es dir doch lieber nicht zeigen — wenn doch nichts zwischen dir und Hermann gewesen ist —“

(Fortsetzung folgt)

Aus Stadt und Land.

Abst. Gen. A. Hult 104.

1. August: Sonnenaufgang 4.20, Sonnenuntergang 7.52, Mondaufgang 10.44, Monduntergang 9.28.

Wühl, größtenteils bewölkt, öfter leichte Regenfälle, mäßige Westwinde.

Provinzialverwaltung und Elektrizitätswirtschaft.

Zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft hat die Konferenz der preussischen Landeshauptleute den beteiligten Reichs- und Staatsministerien folgende Entschliessung zuzuschicken:

Die Konferenz der preussischen Landeshauptleute nimmt Kenntnis von den Grundzügen des Gesetzentwurfes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Sie legt Vermehrung dagegen ein, daß hierdurch die unter Leitung der Provinzialverwaltungen in Angriff genommene, planmäßige Zusammenfassung der Elektrizitätswirtschaft auf organischer Grundlage unterbrochen und die selbständige Initiative der Provinzialverwaltungen lahmgelegt wird. Sie hält die Bestimmungen des Paragraphen 13 des Entwurfes, wonach die rechtsgeschäftlichen Verfügungen über Kraftwerke und Hochspannungsleitungen, soweit sie nach dem 1. Juli 1919 getroffen werden, dem Reich gegenüber unwirksam sind, für praktisch undurchführbar und in einer schweren Schädigung der davon betroffenen Werke. Es muß ferner gefordert werden, daß die Provinzialverwaltungen auch dort, wo sie noch nicht Einfluß auf die Elektrizitätserzeugung haben, gewinnen können, in Zukunft bei der geplanten Regelung beteiligt werden, um auf diese Weise

die örtlichen Interessen wirksam vertreten

können. Eine Beschränkung der Beteiligung an dem unter Reichsleitung neu zu gründenden Gesellschaften auf die bisherigen Eigentümer der jetzt vorhandenen Anlagen hält dagegen für eine ungerechte Verewigung des augenblicklich bestehenden Zustandes und zwar um so mehr, als die untraglich eingeräumten Rechte auf Beifall oder Ankauf bestehender Anlagen durch Provinzial- oder Kreisverwaltungen aufgehoben werden sollen. Die vorgesehene Beschränkung der Entschädigung für die Übernahme von Anlagen auf den Anschaffungswert unter Berücksichtigung angemessener Abschreibungen muß sie als einen Verstoß gegen den Grundsatz der Billigkeit bezeichnen, da den beteiligten Provinzialverwaltungen nicht zugemutet werden kann, die teilweise heftigen Verluste, die die Elektrizitätswirtschaft ihnen gebracht hat und in den ersten Entwicklungsjahren bringen mußte, allein zu tragen, während die Möglichkeit eines künftigen Ausgleiches ihnen im wesentlichen genommen, mindestens aber ihrem Einfluß entzogen ist.

Entsprechend dem Grundsatze des Reichs- und Staatsministeriums, bei der Beratung von Gesetzentwürfen die beteiligten zuzuziehen, fordert die Konferenz der Landeshauptleute, daß die geplante staatliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft nicht unter Ausschaltung der an dieser Elektrizitätswirtschaft beteiligten Provinzialverwaltungen vorgenommen und der Gesetzentwurf vor Einbringung in die Nationalversammlung zur Mitarbeit ihnen vorgelegt wird.

Auch von anderer Seite, so vom Städtetag und vom Verband der Preussischen Landkreise, ist wie wir hören, ebenfalls eine Durchberatung des Gesetzes unter Zuziehung der davon betroffenen Kommunalverwaltungen gefordert worden.

Verbesserung der Speisefettversorgung.

Dem Reichsamt für Dele und Fette ist es gelungen, im Ausland sehr erhebliche Mengen an Dele und sonstigen zur Margarinefabrikation dienenden Rohstoffen einzukaufen. Dadurch ist es möglich geworden, eine derartige Erhöhung der Margarineproduktion vorzunehmen, daß vom 1. August d. Js. ab eine Aufhebung der Fettzölle bis auf den Normalfuß von 100 Gramm Kopf der Bevölkerung wünschlich — in den Erzeugungszuständen nach der Möglichkeit der Erfassung von Milch und Butter — eintreten kann.

Außerdem wird auf den Kopf der Bevölkerung einschließlich der Selbstversorger eine Speisefettmenge von 50 Gramm (vorwiegend in Margarine) wünschlich auszugeben, die an Stelle der bisher nur den Verordnungsberechtigten gewährten Sonderzuteilung tritt.

Selbstverständliche Voraussetzung hierfür ist, daß in der Herstellung der Speisefette keine unerwarteten Störungen durch Preissteigerungen, Kohlenmangel, Transportverweigerungen usw. eintreten. Wünschlich wird eine einmalige Sonderzuteilung von 200 Gramm Auslandsspeisefett auf den Kopf der Bevölkerung entfallen.

Der Reichsausschuß für Dele und Fette hat mit Rücksicht auf die geringere Kalorie der Rohstoffe so teuer einkaufen müssen, daß die Abgabe an die Margarinefabriken nicht mehr zu dem bisherigen Preise erfolgen kann, sondern eine Erhöhung eintreten muß. Die Folge davon ist, daß vom 1. August ab auch eine Steigerung des Margarinepreises unvermeidlich wird. Unter Dinzurechnung der bisherigen Handelszuschläge einschließlich der Umsatzsteuer wird das Pfund Margarine den Verbrauchern etwa 3.32 Mark bis 3.53 Mark kosten. Soweit nicht in einzelnen Gemeinden eine Erhöhung dieser Preise zugunsten der Verbilligung der Milch eintritt, die Preissteigerung kann für den Verbraucher jedoch nicht als übermäßige Mehrbelastung bezeichnet werden, wenn man sich vor Augen hält, daß künftig je zur Ausgabe gelangende 50 Gramm Margarine — abgesehen von den oben erwähnten Sonderfällen, in denen eine weitere Erhöhung dieser Preise zugunsten der Milchverbilligung eintritt — etwa 34–38 Pfg. gegenüber etwa 21–23 Pfg. kosten wird. Dies wird von den Verbrauchern in Kauf genommen werden können, da die Speisefettversorgung wesentlich verbessert wird.

Der Privattelegraphenverkehr mit Großbritannien ist wieder aufgenommen. Die Gebühr für das Wort beträgt bei gewöhnlichen Telegrammen 65 Pfg. Die Erhöhung gegenüber den vorerwähnten ist hauptsächlich darin begründet, daß die Telegraphenabrechnung mit den fremden Verwaltungen nach Goldfranken aufzustellen ist, während die Gebühren nach dem jetzigen niedrigen Markfuß erhoben werden. Mit der Besserung des Markfußes werden auch die Gebühren entsprechend heruntersinken. Zugelassen sind Telegramme in offener, in verabredeter und in chiffrierter Sprache. Wegen Zulassung des Telegraphenverkehrs mit weiteren Ländern über Großbritannien hinaus sind noch Verhandlungen im Gange.

Neue Gemeindevorsteher. Der Bauerhofbesitzer Otto Peggel in Streich ist zum Gemeindevorsteher dieser Gemeinde wiedergewählt, befristet und verpflichtet worden. — Der Eigentümer Gustav Bindemann ist zum Gemeindevorsteher und der Landwirt Karl Hecht zum 1. Schöffen der Gemeinde Kaltenhagen gewählt und befristet worden.

Keine Heu- und Strohbeiratsung. Sämtliche Kreisarrondierungen über die Heu- und Strohbeiratsung sind für den diesjährigen Kreis aufgehoben.

In Mitteleuropa des Steuer-Ausschusses der Gewerbe-Steuer-Klasse 3 sind gewählt die Herren Gasthausbesitzer Wilhelm Dukow, Tischlermeister Schwarz, Gerbermeister Hermann Ziebell, Kleidermeister Kufferow, Kaufmann Ernst Schröder; zu Stellvertretern: Gasthausbesitzer Rib, Schlossermeister Max Hageneß, Kaufmann Bernhard Lange, Brauereibesitzer Max Wegener, Kleidermacher Gustav Mehlhorn sämtlich in Köslin. In Mitteldeutschland sind gewählt: die Herren Gastwirt Paulow-Nest, Wägenbesitzer Franz-Wast, Wägenbesitzer Conrad, Gastwirt Kaiser, Gerbereibesitzer Weisus, Tischlermeister Vera, Schuhmachermeister Wuyow sämtlich aus Köslin; zu Stellvertretern:

Gastwirt Bergende, Jemeln, Gastwirt Kowitsch, Schneidermeister Ditte, Tischlermeister Stephan, Bäckermeister Rademacher, Klempner Pantab, Gärtner Fehmann sämtlich aus Köslin.

Sommerlicher Stenographenbund Stolze-Schrey. Am Sonntag, dem 27. Juli, tagte in Schlawe unter reger Beteiligung verschiedener auswärtiger Vereine der Sommerlicher Stenographenbund. Den Vorsitz der Tagung führte der Vorsitzende der Kreisstelle in Schlawe, Herr Friedrich Jäckel. Vertreten waren die Vereine Anklam, Greifswald, Gollnow, Grimmen, Kolberg, Köslin, Varenburg, Rügen, Rügenwalde, Pölitz, Rügenwalde, Swinemünde, Schlawe, Stettin (2 Vereine), Stolp und Stargard. Nach vorangegangener Vorstandssitzung wurde in der Versammlung der Jahresbericht erstattet, dem zu entnehmen ist, daß die Zahl der Bundesmitglieder auf 800 gestiegen ist. Einzelne Neugründungen von Vereinen waren ebenfalls zu verzeichnen. Der vom Kassierer, Kiewow-Stolp, vorgetragene Kassenbericht weist einen Bestand von 281,75 Mark auf. Als Kassenprüfer für das neue Jahr wurde der Verein Stettin (1858) gewählt. Der Haushaltsplan für 1919-20 wurde von der Versammlung genehmigt. Der jahresgemäße anscheidende Vorstand wurde größtenteils durch Wiederwahl neu bestätigt. Derselbe setzt sich für das nächste Berichtsjahr wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Jäckel-Schlawe, 2. Vorsitzender Wichmann-Swinemünde, 1. Schriftführer Steinhorst-Stolp, 2. Schriftführer Polzin-Stargard und Stassenwart Ebert-Stettin (1858). Als Verbandsvertreter wurden Jäckel-Schlawe, Radtzig-Kolberg, Strub-Stettin (1858) und Polzin-Stargard gewählt. Die Kommittee der Preisrichter und die der Bezirksleiter wurden durch Wahlen ergänzend besetzt. Ort der nächsten Tagung wird Stargard sein. Mit dieser Tagung soll gleichzeitig ein ordnungsmäßiger Bundeskongress mit Beisitzern verbunden werden. Im Laufe des Tages hielt Paul Reinwald-Berlin einen interessanten Vortrag über „Die Aufgaben der Stenographenvereine“.

Rügenwalde. Einem bedauerlichen Unfall zum Opfer fiel die Frau des Adersbüblers Max Windemann hier selbst. Beim Heinfahren fiel sie so unglücklich vom beladenen Wagen, daß sie das Genick brach und sofort der Tod eintrat. — In die Wipper gekürzt sind beim Spielen in den letzten Tagen zwei kleine Knaben. In beiden Fällen ist es gelungen, die Kinder rechtzeitig dem nahen Element zu entreißen. — Ein eigenartiges Schauspiel gewährte der Breilingsfang am Weistraße bei Rügenwaldermünde. Die bekannten kleinen Fische fanden beim Herrenbad in so dichten Schwärmen, daß sie beinahe hätten aus dem Wasser geschwafelt werden können. Ein von Minder Fischern ausgelegtes Zuges brachte 35 Zentner ein, der Preis beträgt 50 Pfg. pro Pfund.

Auch heute noch können neue Bezüge für den August hinzutreten beim Kösliner Volksblatt.

Tagung der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten.

Der am 16. Februar 1919 durch Verschmelzung des Verbandes Deutscher Bureaubeamten Leipzig, des Rechtsanwaltsangestellten-Verbandes Wiesbaden und des Bayerischen Rechtsanwaltsangestellten-Verbandes Augsburg gegründete Verband der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten, Sitz Leipzig, hielt vom 19. bis 22. Juli in Eisenach seine erste Tagung ab. Über 300 Vertreter aus allen Teilen Deutschlands waren erschienen. Die Verhandlungen leitete der Vorsitzende Schöwig-Leipzig. Neben Schaffung der Statuten und sonstiger innerlicher Angelegenheiten wurde die Lage und die Forderungen der Anwaltsangestellten eingehend erörtert.

Hoch-Potsdam sprach über die gewerkschaftliche Stellung des neuen Verbandes. Die Generalversammlung beschloß dem Vorschlag des Referenten gemäß, Anschluß zu suchen an die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

Ueber die Frauenfrage sprach Fräulein Meier-Düsseldorf. Die angenommene Resolution tritt für die Organisierung und gleiche Bezahlung der Frau bei gleichen Leistungen ein.

Die wirtschaftliche Lage der Anwaltsangestellten und die Tarifverhandlungen erörterte Schenker-Leipzig. Die Resolution erhebt stammenden Protest gegen die jahrzehnte lange Unterentlohnung der Anwaltsangestellten, fordert sofortige Schaffung des Reichstarifes und bis zu dieser Regelung Ortsstarife. Außerdem wird eine Änderung der Rechtsanwaltsordnung durch die Reichsregierung gefordert dahingehend, daß die Anwaltskammern zum Abschluß von Tarifverträgen und Ueberwachung derselben verpflichtet sind.

Schließlich sprach über die gesetzliche Stellung der Anwaltsangestellten und ihren gegenwärtigen Stand Storkmann-Düsseldorf. Die Versammelten fordern, daß, solange das allgemeine Angestellten- oder Arbeitsgesetz noch nicht in Kraft ist, unverzüglich die Arbeits- und Dienstverhältnisse der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten durch ein Notengesetz geregelt werden, daß aber auch die Regierung für schleunigste Verabschiedung des in Arbeit befindlichen Angestellten- und Arbeitsrechts Sorge trage.

Abgeordnetentage des Deutschen Kriegerverbandes und des Preussischen Landes-Kriegerverbandes.

Der 28. Abgeordnetentag des Deutschen Kriegerverbandes findet am 3. August in Cassel, der 9. Abgeordnetentag des Preussischen Landes-Kriegerverbandes ebenfalls am 4. August 1919 statt. Beide Tagungen werden sich in der Hauptsache mit wichtigen Fragen der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge innerhalb des Deutschen Kriegerverbandes bzw. des Preussischen Landes-Kriegerverbandes beschäftigen. Von wesentlicher Bedeutung wird auch der in Cassel vorzunehmende Beschlußfassung über die Verschmelzung des Deutschen-Kriegerverbandes mit dem Pfälzer-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände sein, durch die die deutschen Kriegervereine innerhalb des Deutschen Reiches mehr als bisher organisch vereinigt werden sollen.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen.

Wie von zuständigen Stelle mitgeteilt wird, sind noch immer irgend welche Verhandlungen mit der Entente über den Rücktransport unserer Gefangenen nicht möglich gewesen. Unsere Anfrage vom 28. Juni ist unbeantwortet geblieben. Am 21. Juli haben wir erneut darauf gedrängt, den Zusammenritt der verheißenen Kommissionen zur Beratung der Rückbeförderung, welcher von der Ratifizierung des Friedensvertrages nicht abhängig ist, zu beschleunigen. Diese Kommissionen könnten vor allen Dingen dafür sorgen, daß den Gefangenen bis zur endgültigen Rückbeförderung die Erleichterungen geschaffen würden, welche wir den fremden Gefangenen gewährt haben, nämlich ihre Behandlung als freie Arbeiter, die Aufhebung der Zensur usw.

Alle Vorbereitungen zur tatsächlichen Heimführung der Gefangenen sind getroffen. Eine Sondermaßnahme ist getroffen für die Gefangenen in Sibirien, die in diesem Jahre auf keinen Fall mehr zurückkommen können, da der Landweg durch die Bolschewisten gesperrt ist und der Wasserweg dann nicht mehr eisfrei sein wird. Es handelt sich dabei um 20 000 Kriegsgefangene und 28 000 bis 30 000 Zivilgefangene.

Gegenüber einer Blättermeldung ist zu sagen, daß wir in Italien nur 352 Kriegsgefangene haben.

Letzte Nachrichten.

Hamburg, 31. Juli. Der Betrieb der Reichswerke in Kiel wird heute auf 14 Tage geschlossen. Nach dieser Zeit werden von den dort beschäftigten 13 000 Arbeitern nur noch 1700 wieder eingestellt. Auch wird der Stücklohn wieder eingeführt.

Bremen, 31. Juli. Nachdem der Dampfer „Arann“ mit 4000 Ballen Tabak bereits in Bremen eingetroffen ist und hier gelöscht wird, ist auch der Dampfer „Selo“ von Amsterdam nach Bremen mit 5646 Ballen abgegangen. Weitere Tabakeinfuhr steht bevor.

Ein Hilferuf der ungarischen Räteregierung.

Als Antwort auf die Erklärung der Entente, mit der ungarischen Räte-Regierung nicht zu verhandeln, hat die Räte-Regierung an alle Proletarier der Welt einen Aufruf gerichtet, in welchem es heißt:

Die Bourgeois-Regierungen der Ententemächte wollen uns das Joch des Kapitalismus neuerdings aufzwingen. Man will uns in der Flut des Blutes und der Verleumdung ertränken, denn unser bloßer Bestand bedeutet eine Gefahr für sie, die in Teilung der Beute auch die letzten Reste ihrer rückwärtigen Urteilsfähigkeit verloren haben. Die Entente-Regierungen wollen mit dem Räteungarn nicht verhandeln können, da die Macht des Proletariats nicht auf dem Volkswillen ruhe. Das sagen die, die ihre Vollmacht von den vor 8 bis 10 Jahren gewählten Bourgeoisparlamenten erhalten haben, jene, die entgegen dem Volkswillen einen Krieg eingeleitet und Jahre hindurch geführt haben, die Bandenhäuptlinge aus exotischen Ländern zu ihren Verbündeten gemacht haben und Kolonien unterjocht halten. In Budapest allein haben 500 000 Arbeitende bei den ersten Arbeiterwahlen abgestimmt in einer Stadt, die kaum eine Million Seelen zählt. Doch das bedeutet in ihren Augen nicht die Offenbarung des Volkswillens, denn in ihren Augen bedeutet bloß der Wille der Bourgeoisklasse den Volkswillen. Wir fordern Euch Arbeiter aller Länder, die Proletarier-Organisationen der ganzen Welt auf, schickt Eure Abgesandten her und beschäftigt durch sie unsere Arbeit, die den Kapitalismus zertrümmert und den Sozialismus aufbaut. Schickt Eure Abgesandten, um die Wirkung der Blockade Eurer humanen Regierungen zu sehen.

Gegenüber Wiener Zeitungsäußerungen darüber, daß in Ungarn ein politischer Umsturz nahe bevorstehe und daß die Räte-Regierung abzutreten beabsichtige, ist das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau zu der Feststellung ermächtigt, daß diese Betrachtungen jeglicher Grundlage entbehren; die Räte-Regierung behauptet ihre Stellung, die Arbeitererschaft stehe einheitlich hinter der Räte-Regierung.

Kunst und Wissenschaft.

Das Schicksal der Stuttgarter Hofbibliothek. Die ehemalige Stuttgarter Hofbibliothek, die etwa 170 000 Bände besonders interessante Memoiren, Lebens- und Reisebeschreibungen und eine reichhaltige Kriegssammlung enthält, soll nach dem Beschluß des württembergischen Landtages ungeteilt in staatlichem Besitz bleiben und der Landesbibliothek als besondere Abteilung angegliedert werden. Die Uebernahme durch die Stadt Stuttgart wurde abgelehnt.

Gemälde Diebstahl. Aus einem Saal der Hamburger Kunsthalle ist ein wertvolles Delgemälde des Hamburger Malers Johann Faber gestohlen worden. Es stellt eine Verlagschaft bei Dlevano in Italien dar und stammt aus dem Jahre 1824.

Lehrstühle für Denkmalpflege und Heimatschutz. Die Deutsche Technische Hochschule in Prag hat dem Architekten Dr. techn. Carl F. Kühn einen Lehrauftrag für Denkmalpflege und Heimatschutz erteilt.

Hochschulnachrichten. Dem Vernehmen nach hat der Münchener Privatdozent Dr. med. Hermann Straub den an ihn ergangenen Ruf nach Halle als o. Professor für innere Medizin an Stelle von Professor L. Mohr angenommen. — Der bisherige o. Professor an der Straßburger Universität Dr. Johann Georg Wundberg ist vom 1. Oktober 1919 ab zum Ordinarius für pathologische Anatomie in Tübingen als Nachfolger von Baumgartens ernannt worden. — Der Verein bayerischer Psychiater hält am 3. und 4. August dieses Jahres seine Jahresversammlung in München ab. Auf der Tagesordnung steht ein Referat über Reform der Fremdsprachen mit Volk-Erlangen und Rehm-Neufriedenheim als Referenten. — Die Zahl der immatrikulierten Studierenden an der Universität Leipzig beträgt im laufenden Sommersemester 5798 (darunter 341 Studentinnen) gegen 5441 im Sommersemester 1918.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Haupt-schriftleiter Günther Herricht; für den Anzeigen-Teil: Hans Regeford. Druck und Verlag: Fürstentumsee Zeituna A.-G. Sämtlich in Köslin. — Berliner Schriftleitung: August Storm, Berlin.

Suche ein großes und ein kleines Bücherbrett zu kaufen (7-8 bzw. 4 teilig). Glasewald, Hohelofstr. 34, part. Reis- säcke, ganz erheblich billiger bei Kurt Groß, Köslin, Bergstr. 2. Tel. 130.

Anzeigen aus Janow.

Janow, den 25. Juli 1919.

Bekanntmachung.

Die Nutzung der Jagd

auf der in 4 Bezirke eingeteilten Gemarkung Janow soll auf die Dauer von 6 Jahren (1. September d. Js. bis 31. August 1925) öffentlich meistbietend verpachtet werden. Hierzu ist ein Termin auf Freitag, den 15. August d. Js., nachmittags 4 Uhr im Magistratszimmer hier selbst anberaumt, zu welchem wir Pachtlustige einladen. Die Pachtbedingungen werden im Termin bekannt gegeben, können aber auch gegen Erstattung der Schreibgebühren vorher bezogen werden. In den einzelnen Bezirken kommen vor: Rotwild, Reh, Hase, Schwarzwild, Rebhuhn und auch Auerfugwild. Der Jagdvorsteher.

Bekanntmachung.

Das Reichsernährungsministerium hat durch Verordnung vom 14. Juli im Reichsgesetzblatt S. 647 mit Wirkung vom 19. Juli 1919 angeordnet, daß a) beim Verkauf von Schlachttvieh durch den Viehhalter der Preis für 50 kg Lebendgewicht nicht übersteigen darf bei

1. Schlachttieren im Alter unter 3 Monaten 120 Mk.
2. Schlachtschweinen 150 Mk.

b) daß für den Verkauf von Ferkeln und Läuferfischweinen durch den Viehhalter als Richtpreis gilt bei

1. Ferkeln bis zum Gewicht von 15 kg für das kg Lebendgewicht ein Preis bis zu 19 Mk.
2. Läuferfischweinen im Gewicht von mehr als 15 kg für das kg Lebendgewicht ein Preis bis zu 6 Mk.

Diese Richtpreise gelten bei dem gewerbmäßigen sowie bei dem nichtgewerbmäßigen Kauf und Verkauf von Ferkeln und Läuferfischweinen. Köslin, den 30. Juli 1919.

Der Magistrat.

Betrifft Änderungen der Bestimmungen über Seifenabgabe.

Vom Monat September d. Js. ab wird wieder gute deutsche Seife auf Seifenarten ausgegeben und zwar Feinseife auf den Kopf der Bevölkerung 50 Gramm. Die Seife wird geliefert in

1. 100 Grammstücken zu 1,20 Mark (Feinseife),
2. in 100 bzw. 200 Grammstücken das Stück zu 0,80 Mk bzw. 1,60 Mark (reine Kernseife),
3. Rasierseife in 50 Grammstücken das Stück zu 0,60 Mark.

Es sind also erforderlich, da die vorstehenden Erzeugnisse nur gegen die Feinseifenabchnitte abgegeben werden:

- 2 Feinseifenabchnitte für das Stück Feinseife zu 100 Gramm,
- 2 " " " Kernseife zu 100 "
- 4 " " " Doppelstück Kernseife zu 200 "Gramm,
- 1 Feinseifenabchnitt " " Stück Rasierseife zu 50 Gramm.

Die K.A.-Seife ist künftig in markenfrei. Die erstmalige Abgabe der oben erwähnten Erzeugnisse erfolgt gegen die Oktoberabchnitte der Seifenarten. Die Feinseifenartenabchnitte der Monate Juli, August und September verfallen. Seifenpulver wird gleichfalls nur gegen Seifenpulverabchnitte und zwar die 250 Grammabchnitte mit 125 Gramm K.A.-Seifenpulver.

Die Seifenpulvermengen können aus Mangel an Soda vorerst nicht erhöht werden. Das Seifenpulver ist daher in seiner Beschaffenheit erheblich gebessert worden. Das verbesserte Pulver kostet 45 Pfg. das 1/2 Pfund- und 90 Pfennig das Pfundpaket.

Die Verbraucher haben alsbald, spätestens aber im August, die Oktober-Feinseifenabchnitte bei ihren Kaufleuten abzugeben. Sie erhalten dagegen einen Gutschein. Gegen den Gutschein wird den Verbrauchern im September die Seife abgegeben.

Vom Oktober ab können die Verbraucher die Ware gegen Abgabe der November-Feinseifenabchnitte erhalten, ebenso im November gegen Dezemberabchnitte usw.

Die Kaufleute haben in ähnlicher Weise zu verfahren wie bisher. Da jedoch einiges geändert ist, so ersuchen wir die in Betracht kommenden Kaufleute, gelegentlich an einem der nächsten Tage im Zimmer 6 des Rathauses vorzusprechen, um sich die neuen Bestimmungen anzusehen.

Köslin, den 30. Juli 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Speisemohrrüben, nicht unter 10 Pfund, werden in der früher Fischer'schen Brauerei (2. Hofeingang Mauerstr. 1, Torweg) zum Preise von 30 Pfg. pro Pfund vormittags von 9-11 1/2 Uhr verausgabt. Köslin, den 31. Juli 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

Morgen vormittag von 1/9 Uhr ab Verkauf von Räucherfischern in der Fischhalle für die Bezirke 1-10, soweit die betz. Familien Räucherfischern noch nicht erhalten haben. Köslin, den 31. Juli 1919.

Der Magistrat.

Der freie Handel mit Hering

beginnt mit dem 1. August d. Js. wieder und sind dann unsere Mitglieder in der Lage,

Hering in ganzen Tonnen sowie auch im Kleinverkauf

den Herren Wiederverkäufern und Verbrauchern stets zu den möglichst billigsten Preisen zu liefern. Wir bitten daher, unsere Mitglieder wie in früheren Jahren die Aufträge zu erteilen.

Vereinigung Kösliner Kaufleute des Kolonialwarenhandels.

Johannisbeeren

Kauft jedes Quantum Franz Bewersdorff, Bergstr. 36.

Bekanntmachung.

Bei der am 4. März 1919 vorgenommenen Verlosung der in Gemäßheit des Allerhöchsten Privilegiums vom 10. 12. 1883 unter dem 1. 3. 1884 ausgefertigten und ausgegebenen Pommerischen 3 1/2 prozentigen Provinzialanleihecheine I. Ausgabe sind die Nummern

- Buchst. A Nr. 9, 87, 101, 119, 160, 170, 189 = 7 zu 3000 Mk. = 21000 Mk.
- Buchst. B Nr. 2, 68, 87, 117, 152, 162 = 6 zu 2000 Mk. = 12000 Mk.
- Buchst. C Nr. 55, 84, 153, 160, 256, 260, 263, 267 = 8 zu 1000 Mk. = 8000 Mk.
- Buchst. D Nr. 60, 81, 83, 113, 142, 152, 231, 243, 353, 403, 477, 505, 524, 527, 530, 584, 585, 589, 602, 612, 655, 680, 712, 720, 776, 782, 790, 800, 824, 871, 888, 919, 958, 966, 975, 997 = 36 zu 500 Mk. = 18000 Mk.
- Buchst. E Nr. 4, 51, 79, 122, 129, 153, 206, 236, 344, 350, 398, 405, 407, 469, 491, 492, 501, 524, 528, 537, 585, 592, 605, 711, 772, 766, 808, 817, 826, 832, 887 = 31 zu 200 Mk. = 6200 Mk.

zusammen 65200 Mk.

gezogen worden.

Die Inhaber der Stücke werden aufgefordert, gegen Hergabe der Provinzialanleihecheine und der dazu gehörigen Zinscheine und Erneuerungscheine die Kapitalbeiträge bei der Provinzialhauptkasse in Stettin werktäglich von 9 bis 12 Uhr vom 1. Oktober 1919 ab in Empfang zu nehmen.

Für fehlende Zinscheine wird der Betrag vom Kapital abgezogen. Die Verzinsung hört mit dem 30. 9. 1919 auf.

Außer den ausgelosten Stücken kommen noch freihändig erworbene Stücke über 8500 Mk. für 1919 zur Tilgung.

Gleichzeitig werden die Inhaber folgender schon früher ausgeloster Stücke an die Einlösung erinnert:

- I. Ausgabe (Privilegium vom 10. 12. 1883, ausgefertigt 1. 3. 1884).
- Buchst. B Nr. 103 zu 2000 Mk. } ausgelost zum 1. 10. 1916
- " C Nr. 191 zu 1000 Mk. } ausgelost zum 1. 10. 1917
- " D Nr. 763 zu 500 Mk. } ausgelost zum 1. 10. 1917
- " E Nr. 76 230, 853 zu 200 Mk. } ausgelost zum 1. 10. 1917
- Buchst. B Nr. 82 zu 2000 Mk. } ausgelost zum 1. 10. 1917
- " C Nr. 202 zu 1000 Mk. } ausgelost zum 1. 10. 1917
- " D Nr. 189, 240, 608 zu 500 Mk. } ausgelost zum 1. 10. 1917
- " E Nr. 11, 193, 331, 563, 811 zu 200 Mk. } ausgelost zum 1. 10. 1917
- Buchst. D Nr. 162, 163, 178, 180, 182, 206, 311, 312, 651, 911 zu 500 Mk. } ausgelost zum 1. 10. 1918
- Buchst. E Nr. 54, 132, 195, 369, 575, 718, 719, 915 zu 200 Mk. } ausgelost zum 1. 10. 1918

Hausbesitzer!

Durch Einführung von Leinölfinis bin ich in der Lage, sämtliche

Außenanstriche

auszuführen.

Kurt Modigell

Bergstr. 30 : Fernspr. 502.

Zur Vermeidung von Irrtümern.

Auf die Feinseifenmarken des Monats Oktober kommen Toiletteseife, Kernseife und Rasierseife zur Ausgabe. Jeder Abschnitt berechtigt zum Kauf von 50 Gr. obiger Sorten nach Wahl des Käufers. Die Abschnitte sind im August in den Geschäften unterzeichneter Vereinigung gegen Gutschein oder Eintragung in eine Liste abzugeben.

Vereinigung Kösliner Kaufleute des Kolonialwarenhandels.

Freiwillige Versteigerung.

Sonnabend, den 2. August, werde ich von vorm. 9 1/2 Uhr ab im Versteigerungslokale Mühlenstraße 11:

1 Herrenzimmer, dunkel Eiche:

Bücherschrank, Schreibtisch u. Stuhl, Ausziehtisch, 5 Stühle mit Lederbezug, Vertiko, 1 Teppich, 1 Gaslampe, Bilder, Klubstessel, 1 Sofa,

1 Schlafzimmer, hell Eiche:

1 Bettstelle mit Matr., 1 Nachtschrank mit Marmorpl., 1 Waschtollette m. Marmorpl., 1 gr. Kleiderschrank, Handtuchständer, Waschservice, 1 Spiegel, Wäschekorb, 1 Bücherregal, Küchenutensilien u. a. m. öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Ewald Beihl,

vereid. Auktionator u. Taxator, Mühlenstraße 11.

Kein Ersatz!

Die echte Dauerwäsche

in Kragen, Servietten, Manschetten und Manschettenknöpfen ist wieder eingetroffen.

Ernst Nemik

Herren-Artikel-Spezial-Geschäft Neustorstraße Nr. 9.



Ich bin mit einem Transport

starker Pferde

eingetroffen, darunter mehrere komplett gerittene Offizier-Chargen-Pferde.

A. Henke, Pferdehandlung.

Gabe mich Rogzower Allee 21, part. als Dentist niedergelassen und eröffne meine

Zahn-Praxis

mit dem heutigen Tage.

Erwin Lucas

Dentist

Fernspr. 598

Sprechst. 9-12 u. 3-5

Kiefern Kleiderschränke, Vertiko's, Spiegelkommoden, Bettstellen, Tische, Stühle und Küchenmöbel

empfiehlt billigt

Hermann Stephan jun., Möbelfabrikant

Rogzower Allee 49.

- 1a Pflaumen Pfd. 4,50
- 1a Sultaninen Pfd. 8,00
- 1a getr. Äpfel " 5,00
- 1a Feigen Pfd. 6,00
- Gebr. Gerste Pfd. 1,10
- Kaffee-Ersatz Pfd. 1,10
- Hamburger Kaffee-Lager, Albert Fraze.

Einen 5 P.S.-Motor (Lebensware, verkauft Schreierdöfegerstr.)

Arbeitsmarkt.

Kutscher

welcher landwirtschaftliche Arbeit versteht, sucht Hermann

1 Auskarrer

steht sogleich ein. Ziegelei Otto Schüttgen, Buchwalderstr. 33.

Zimmergesell

für dauernde Beschäftigung gesucht Max

Mädchen

das kochen kann, per 15. für dauernde Stellung gesucht Frau Kaufmann Lüdke, M

Wegen Verheiratung meines Mädchens, suche ich zum 1. sauberes, perftes

hausmädchen

welches kochen kann, auch Vermittlung der Miete zum hohem Lohn.

Frau Georg Schreier, Danzigerstraße 31.

Wohnungen, Zimmer

Spätestens zum 1. Oktober gutem Hause

4 Zimmer-Wohnung

gesucht, mit allem Zubehör. Herricht, Hauptstraße, Bergstraße 21.

4-5-Zimmerwohnung

bis spätestens 1. 10. gesucht unter T. 412 an die Gesch. erbeten.

Möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension gesucht. Offerten an: Karl Fischer, B

Tiermarkt.

Mittelpfer

zu verkaufen

Einen jungen Teckel, 11 Wochen alt, hat zum Panzer, Käfer

Zu verkaufen, da überflüssig Fuchswallach, 7 J. alt, 1,63 hoch,

Schimmelwallach, 6 J. alt, 1,63 hoch, Dom. Rosnow, Kreis

Grundstücks- und Geldverkehr.

Zinshaus

in der Danzigerstr. zu verkaufen, 40-50 000 Mk. Vermittlung, Angeb. unter A. 420 an die

Kirchliche Anzeigen.

Synagogen-Gemeinde, Freitag abend Gottesdienst 7, Montag Tischbeu abends

Toilettenseife 1,20
Kernseife 0,80
Rasierseife 0,60

gegen sofortige Abgabe der Oktoberabchnitte der Seifenarten bei Kurt Groß, Bergstr. 2. Lieferung im September.

Schulzenhagen.

Sonntag, 3. August

Tanzkränzchen

wozu einladet der Gastwirt.

Pankin.

Zu dem am Sonntag, d. 3. August, stattfindenden

Vergnügen

ladet ergebenst ein

A. Dietrich.

Sonntag und Montag ist mein Lokal für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Frau Gehet, Kaffow.

Die Beleidigung gegen Herrn Förster W. B., Küsternitz, nehme ich hiermit zurück.

E. Panzer.

Landwirt,

30 Jahre alt, 20000 M. Vermög., wünscht die Bekanntschaft einer Dame zwecks bald. Heirat. Kriegerr Witwe auch Einheirat sehr angenehm. Mitteilung unter B. 421 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort

H. Olume & Co., Hamburg 5.

II. Ausgabe (Privilegium vom 30. 8. 1886, ausgefertigt 1. 10. 1886).

- Buchst. C Nr. 197 zu 1000 Mk. } ausgelost zum 1. 4. 1918
- " D Nr. 415 zu 500 Mk. } ausgelost zum 1. 4. 1918
- " E Nr. 52 zu 200 Mk. } ausgelost zum 1. 4. 1918

III. Ausgabe (Privilegium vom 12. 8. 1894, ausgefertigt 1. 4. 1895).

- Serie 1 Buchst. E Nr. 71 zu 200 Mk. } ausgelost a. 1. 4. 1916
- " 3 " E Nr. 277 zu 200 Mk. } ausgelost a. 1. 4. 1916
- " 1 " E Nr. 75 zu 200 Mk. } ausgelost a. 1. 4. 1917
- " 3 " D Nr. 533 zu 500 Mk. } ausgelost a. 1. 4. 1917
- " 6 " E Nr. 734 zu 200 Mk. } ausgelost a. 1. 4. 1917
- " 5 " E Nr. 578 zu 200 Mk. } ausgelost a. 1. 4. 1918
- " 6 " E Nr. 651 zu 200 Mk. } ausgelost a. 1. 4. 1918

IV. Ausgabe (Privilegium vom 4. 8. 1897, ausgefertigt 1. 8. 1898).

Serie 3 Buchst. D Nr 71 zu 500 Mk., ausgelost zum 1. 4. 1918.

Einlösungsstellen in Berlin: Deutsche Bank, G. Bleichröder, Delbrück, Schläder & Co.; in Stralsund, Neuvorpommersche Spar- und Kreditbank.

Stettin, den 4. März 1919.

Der Landeshauptmann der Provinz Pommern.

Sarnow.